

Die Wahlergebnisse
lassen keinen Triumph zu

„Gefühlter“ Wahlsieg

Viola Neu

Nachdem der Bundeskanzler im Mai 2005 einen Vertrauensverlust in den eigenen Reihen „fühlte“, „fühlt“ er nach der Bundestagswahl einen Wahlsieg der SPD. Auch wenn das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes eine institutionelle Machtverschiebung zu Gunsten des Amtes des Bundeskanzlers durchaus nahe legt, bestehen Wahlergebnisse aus Zahlen und nicht aus Gefühlen. Und hier zeigt sich eindeutig, dass die Wähler sich gegen die rot-grüne Regierung entschieden haben, die 4,7 Punkte verloren hat. Stagniert bei minimalen Verlusten hat das bürgerliche Lager. Gewonnen hat der Protest in Form der neokommunistischen Linkspartei. PDS. Bei keiner anderen Bundestagswahl hat der Protest ein solches Ergebnis vorweisen können.

Somit ist es einer Partei mit zweifelhaftem demokratischen Charakter und populistischem Stil gelungen, einen Überraschungscoup zu landen. Doch sollte man dieses Wahlergebnis der Linkspartei auch nicht überinterpretieren. Denn politischer Protest gehört mittlerweile zur politischen Landschaft. Immer wieder kam es in den letzten Jahren – fast schon Jahrzehnten – zu spektakulären Wahlerfolgen von Parteien, die man nur mit politischem Protest erklären kann. Die Wahlgeschichte der Bundesrepublik ist voll von Erfolgen solcher Parteien, denen es gelang, Protest in Wählerstimmen umzumünzen. Dabei spielte es keine Rolle, ob die jeweils erfolgreiche Partei eher einen bürgerlichen Anstrich hat (wie beispielsweise die Schill- oder die STATT-Partei),

dem rechtsextremen Lager angehört (wie die DVU oder NPD oder die REP) oder dem linksextremen Lager zuzurechnen ist (wie die PDS). Und dank einer charismatischen Führungsfigur mit hohem medialen Aufmerksamkeitswert konnte die PDS jetzt als populistische Partei agieren und selbst im Westen 4,9 Prozent der Stimmen gewinnen.

Populistische und/oder extremistische Parteien können aus der Unzufriedenheit der Bürger politischen Gewinn ziehen, wenn sie eine Konfliktlinie haben, an die sie sich schmiegen. Dies ist im Falle der PDS Elitenkritik und das Glück der „kleinen Leute“, gepaart mit einer Kümmermentalität und einem kräftigen Schuss Ost-West-Rivalität.

Die meisten Erfolge der Protestparteien sind „Eintagsfliegen“. Die STATT- und die Schill-Partei überlebten in Hamburg eine Legislaturperiode. Die DVU in Sachsen-Anhalt spaltete sich bald nach dem Einzug in den Landtag, um bei der Wiederwahl erst gar nicht anzutreten. Auch die anderen Einzelerfolge der Protestgewinner ließen sich nicht verfestigen. 1992 gelang der DVU der Einzug in den Schleswig-Holsteinischen Landtag, 1991 übersprangen sie in Bremen die Fünf-Prozent-Hürde, was 1995 der Partei Arbeit für Bremen und Bremerhaven gelang, 1989 zogen die Republikaner in das Berliner Abgeordnetenhaus ein sowie in das Europäische Parlament und 1992 und 1996 in den Landtag Baden-Württemberg. In Brandenburg ist die DVU jetzt zum zweiten Mal in Folge im Landtag

vertreten und seit 2004 die NPD in Sachsen. All diese Beispiele zeigen, dass sich Protest nicht perpetuieren lässt.

Die Ausnahme von dieser Regel ist die mittlerweile umbenannte PDS. Auch sie schürt und mobilisiert die Unzufriedenheit der Menschen. Protest ist nicht die einzige Wurzel ihres Erfolges, aber eine wesentliche. Wenn wie bei der Bundestagswahl 2002 kein Protestthema vorhanden ist, verliert sie an Unterstützung. Wie die Landtagswahlen 2004 in Sachsen und Brandenburg zeigten, ist für sie selbst eine Konkurrenz im Protestparteienlager nicht schädlich. Obwohl DVU und NPD erhebliche Unterstützung genossen, konnte die PDS in Brandenburg ihr bestes Ergebnis bei Landtagswahlen in den neuen Ländern vorweisen und ihr bestes sächsisches Ergebnis erzielen. Für ihre Wähler ist sie der ostdeutsche Dorn im Fleisch der Westdeutschen. Mit einer Mischung aus Wagenburgmentalität und Osttrotz scharen sie sich um die Partei.

Die Wähler versprechen sich von diesen Parteien keine Problemlösung, sondern nur den Effekt, auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Protest hat somit die Funktion eines Denkkzettels für „die da oben“. Daher ist es auch sinnlos, ihnen argumentativ begegnen zu wollen. In Umfragen haben jüngst beispielsweise siebzig Prozent der Anhänger der Linkspartei von sich selbst gesagt, sie würden die Partei aus Protest heraus wählen. 23 Prozent sagten, sie würden dies aufgrund der politischen Vorstellungen tun.

Die Bedingungen, wann sich Protest in Wahlergebnissen niederschlägt, sind höchst unterschiedlich und meist nur schwer vorhersehbar. Doch gibt es auch einige immer wieder auftretende Gemeinsamkeiten: Konkrete politische Probleme, die nicht gelöst sind, soziale Spannungen, Vertrauensverluste und Unzufriedenheiten gegenüber den Volksparteien und den Regierungen motivieren eine Protestwahl. Elitenkritik, das Schüren

von Ressentiments, gekoppelt mit tatsächlichen Ängsten und Sorgen, dass der eigene Status bedroht sein könnte oder auch tatsächlich ist, und allgemeine Zukunfts- und Fortschrittsängste bilden das Klima, in dem Protestparteien gedeihen. Und von dieser Grundstimmung profitierte die PDS.

Der Konsens der Demokraten schloss früher eine Regierungsbeteiligung der PDS auch in Form einer Tolerierung aus. Doch seit der „Tolerierung“ einer rot-grünen und einer roten Regierung in Sachsen-Anhalt und der Beteiligung der PDS an den Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin bleibt Skepsis gegenüber dem „Wort“ von Gerhard Schröder im Wahlkampf bestehen. Aufgrund uneindeutiger Mehrheiten im Parlament muss die Frage der Regierungszusammensetzung zum Zeitpunkt der Analyse noch offen bleiben. Somit hat der Wähler zwar Rot-Grün abgewählt, aber keinen klaren Regierungsauftrag für eines der konkurrierenden und als Alternativen antretenden politischen Lager erteilt. Doch könnte eine „arithmetische“ Lösung durchaus plausibel erscheinen.

Unberechenbarkeit der Wähler

Dass es zu einer Situation kommen würde, die die Mehrheitsbildung im Parlament vor solche Herausforderungen stellt, war nicht vorhersehbar. Im Meinungsklima im Vorfeld der Wahl deutete zwar alles auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen bei der Regierungsbildung hin. Und diese Patt-Situation ist tatsächlich eingetreten. Allerdings ergeben sich im Hinblick auf das tatsächliche Abschneiden der Parteien deutliche Differenzen zu den Vorwählerhebungen. Die SPD wurde bei 34 bis 35 Prozent gemessen. Die Grünen erreichten in den Umfragen sieben Prozent und wurden damit um einen Prozentpunkt unterschätzt. Deutlich niedriger als das erzielte Ergebnis fielen auch die Umfrageergebnisse für die FDP aus. Wäh-

rend die FDP bei allen Instituten zwischen 6,5 und sieben Prozent lag, kam Allensbach mit acht Prozent dem tatsächlichen Ergebnis am nächsten. Bei der Linkspartei. PDS schwankten die Umfragewerte zwischen 8,5 Prozent (Allensbach) und sieben Prozent (Forsa). Besonders stark waren die Differenzen zwischen tatsächlichem Ergebnis und Vorwahlumfragen im Falle der Union. Für die Union wurden in allen Umfragen Werte von über vierzig Prozent gemessen (41 bis 42). Somit war das tatsächliche Abschneiden der Union in den Vorwählerhebungen im Vergleich zu dem tatsächlichen Wahlergebnis nicht erkennbar. Warum die Union hinter den Erwartungen blieb, kann anhand der Vorwahlumfragen nur unzureichend erfasst werden. Handwerkliche Fehler aller Institute sind eher unwahrscheinlich. Somit bleibt nur noch der Wähler als „Schuldiger“ übrig, der seine Wahlentscheidung offenbar immer kurzfristiger – vielleicht auch emotionaler – auf jeden Falle ohne sie öffentlich kundzutun – trifft. Im Wahlergebnis spiegelt sich auch die mittlerweile geradezu sprichwörtliche Unberechenbarkeit und Mobilität der Wähler wider.

Auf der Länderebene zeigt sich eine Mobilität der Wähler, die sich auf Bundesebene bislang noch nicht bemerkbar machte. Seit einigen Jahren kann fast jedes Wahlergebnis mit der Formulierung von Superlativen kommentiert werden. Zweistellige Veränderungen bei Wahlen, die bis Ende der achtziger Jahre die Ausnahme waren, werden allmählich zur Regel. Und dieser Trend zeigt sich nicht nur in den neuen Ländern, die bekanntlich aufgrund schwacher traditioneller Bindungen an Parteien und deren Vorfeldstrukturen eine wesentlich höher Mobilität aufweisen. Auch die alten Länder warten mit Sensationen auf. Allein seit der letzten Bundestagswahl kam es in acht Fällen zu mehr als zweistelligen Veränderungen der Vorwahlergebnisse. Da-

bei gewann die CDU beispielsweise in Hamburg 21 Punkte hinzu, während die CDU in Sachsen 15,8 Punkte verlor. Die SPD verlor im Saarland 13,5 Punkte und in Niedersachsen 14,5 Punkte.

Allein diese Ausschläge zeigen eine unglaubliche Dynamik auf dem Wählermarkt. Dass Veränderungen in diesem Ausmaß von der Demoskopie nicht präzise vorhergesagt werden können, liegt in der Natur der Sache. Die neue Unberechenbarkeit ist tatsächlich auch eine neue Herausforderung für die Wahlforschung, die dem volatilen Wähler mit neuen Instrumenten auf die Spur kommen muss.

Allgemeiner Vertrauensschwund

Infratest dimap hat im Vorfeld der Wahl darauf hingewiesen, dass zunehmende Tagesschwankungen bei der Wählerbefragung gemessen werden. Dies deutet darauf hin, dass der Wählermarkt bis zum Ende stark in Bewegung war und das Wahlergebnis das Resultat eines fragilen und volatilen Meinungsklimas ist. Insgesamt hat 2002 wie 2005 ein kurzfristiger und instabiler Stimmungsschwung die Konturen des Wahlergebnisses gezeichnet. Was sich übergreifend abzeichnet, ist ein Vertrauensschwund gegenüber Parteien und somit gegenüber der Gestaltungsfähigkeit und den Problemlösungskompetenzen von Politik. In den neuen Ländern ist dies wesentlich stärker ausgeprägt als in den alten. Häufiger kam es in der Vergangenheit zu Wahlverhalten, in dem sich Ängste, Sorgen und Nöte Luft machten. Hiervon hat bei dieser Wahl eindeutig die postkommunistische PDS profitiert.

So endete die Bundestagswahl vom 18. September 2005 völlig überraschend mit Verlusten beider Volksparteien. Sie kommen gemeinsam auf 69,5 Prozent der Zweitstimmen. Dies ist das schlechteste Abschneiden der Volksparteien seit der ersten Bundestagswahl 1949, bei der die Volksparteien auf 60,2 Prozent kamen.

Erneut auffällig sind die Unterschiede zwischen den neuen und den alten Ländern. In den alten Ländern hätte die bürgerliche Koalition mit 47,7 Prozent die Regierung bilden können (die Mehrheit hätte bei 45,8 Prozent gelegen), in den neuen Ländern erhielt eine schwarzgelbe Koalition nur von 33,2 Prozent der Wähler Unterstützung.

Doch auch wenn man mit präzisen Instrumenten das tatsächliche Wahlverhalten schon vor der Wahl und nicht erst am Wahltag gemessen hätte, bleibt die Erklärung der Ursachen für den Wahlausgang uneindeutig. Summiert man alle im Vorfeld der Wahl erhobenen Daten, tendierten sie zu Gunsten der Union. Die Summe aller Indikatoren verwies deutlich in die Richtung eines Wahlsieges für die Union, auch wenn sich eine gewisse Skepsis gegenüber einem Regierungswechsel ebenfalls abzeichnete. Die Union punktete vor allem bei den Themenkompetenzen und profitierte von der Unzufriedenheit mit der Bundesregierung. Ihr Malus war, dass eine Mehrheit daran zweifelte, dass sie in der Lage sei, die anstehenden Aufgaben und Probleme besser zu lösen. Das einzige Pfund der SPD war der Bundeskanzler, der am Ende in den „Leadership-Eigenschaften“ einen Vorteil hatte. Es ist auch nicht das erste Mal, dass aus den Umfragen keine Schlussfolgerungen auf ein Wahlergebnis gezogen werden konnten. Bei der Landtagswahl 2004 in Sachsen sprach nichts dafür, dass die CDU mit den schwersten Verlusten der Nachkriegsgeschichte konfrontiert sein würde. Auch in Sachsen zeichnete sich ein völlig widersprüchlicher Wählerwillen ab.

Beim Wahlverhalten lassen sich grob zwei Hauptströme unterscheiden: Die taktischen Wähler, die ihre Zweitstimme der FDP gaben, und die Protestwähler, die für die Linkspartei PDS votierten. Während die FDP vor allem von der Union Stimmen gewann, ist es der PDS gelungen, von weit verbreiteten latenten,

aber auch konkreten Unzufriedenheiten zu profitieren. Sie ist im Westen wie im Osten die Partei der Arbeitslosen geworden, die in beiden Landesteilen gleichermaßen von den Volksparteien abwanderten. In den neuen Ländern kamen vor allem Wähler mit niedriger und mittlerer Bildung sowie Arbeiter zur PDS. Somit ist die PDS die Adresse sozialen Protestes geworden, die sie in diesem Ausmaß bislang nicht war.

Insgesamt fallen die sozialstrukturellen Unterschiede zwischen den Wählerschaften der Parteien recht klein aus. Diese „Nivellierungstendenzen“ in der Gesellschaft gehören zu den gut dokumentierten Befunden der Wahlforschung. Auf einige Besonderheiten soll trotzdem kurz hingewiesen werden. Die Union hat überdurchschnittlich bei jüngeren, schlecht gebildeten Wählern Vertrauen verloren. Männer haben sich ebenfalls überdurchschnittlich häufig von der Union abgewandt. Verloren hat sie in der Gruppe der Selbstständigen, der Arbeitslosen und bei den Arbeitern. Sozialstrukturell könnte man argumentieren, dass sie sowohl „oben“ als auch „unten“ in der Gesellschaft Einbußen hat. Die SPD hat vor allem bei Arbeitslosen und Arbeitern und bei Wählern mit niedriger Bildung Rückhalt eingebüßt. Aber auch Frauen haben sich überdurchschnittlich stark von der SPD verabschiedet. Durch die Konkurrenz der PDS haben beide Volksparteien in der sozialstrukturellen Zusammensetzung ihrer Wählerschaft Einschnitte hinnehmen müssen. Sie haben die einfachen Menschen verloren.

Doch dürfen die Volksparteien der PDS hier keine Flanke bieten. Sie sind gefordert, ihre Integrationskraft zu stärken. Wenn die Wahl der PDS einen Sinn gehabt haben soll, dann jenen, auf die Situation ihrer Wähler aufmerksam zu machen, und darauf, dass jene von den Volksparteien sich keine Lösung versprechen.